

Meinungen

Irrweg Steuerpolitik

STAATSFINANZEN Der Staat will heute alles leisten und greift immer schamloser nach dem Vermögen seiner Bürger. Das hat fatale Folgen für Wirtschaft, Wohlstand und den sozialen Frieden. PRINZ MICHAEL VON UND ZU LIECHTENSTEIN

No Taxation without Representation! Mit dieser Parole brachten die der britischen Krone unterstehenden Bürger in Amerika einst ihren Unmut zum Ausdruck, Gesetze befolgen und Steuern entrichten zu müssen, ohne ein politisches Mitspracherecht bei der Gesetzgebung zu haben. Dieser Umstand war ein wesentlicher Grund für den später folgenden Unabhängigkeitskrieg, mit dem die Bürger in Übersee ihre Rechte und Freiheiten von der britischen Krone einforderten und schliesslich ihre Freiheit erkämpften. Der amerikanische Unabhängigkeitskrieg war Ausdruck dafür, dass eine echte politische Teilhabe für die Stabilität einer Gesellschaft wichtig ist.

In der Konsequenz trug dieses historische Ereignis zum Verständnis der Gewaltentrennung bei, auch mit dem Ziel, die Exekutive zu einer verstärkten Budgetdisziplin zu verpflichten. Heute sehen sich etliche Bürger mit einem weitgehend dysfunktionalen Staat konfrontiert, der die Steuergesetzgebung immer mehr auszuweiten versucht, schlicht und einfach, weil er zu hohe Ausgaben und einen überdimensionierten Verwaltungsapparat hat.

Steigende Staatsausgaben führen konsequenterweise zu steigendem Steuerniveau, dementsprechend wird die Verfügungsgewalt über Privat- und Unternehmervermögen in etlichen Ländern mehr und mehr auf eine elitäre Kaste von Politikern verlagert. Immer komplexer werdende Steuergesetze dienen dabei als zentraler Zugriffshebel.

Unersättlicher Bedarf

Doch steht es Staaten oder Organisationen wie der OECD wirklich zu, immer weitreichender in die Eigentumsrechte der Bürger einzutreten? Stehen die Entwicklungen im Steuerbereich noch im Einklang mit den Prinzipien einer freien, demokratischen Gesellschaft? Oder sind sie Ausdruck einer systembedingten Fehlüberlegung, die immer stärker den Unmut der Bürger auf sich zieht? Stimmen der Sinn und Zweck von Steuern und die heutige Auslegerart noch überein?

Steuern bilden eine wesentliche Grundlage, damit ein Gemeinwesen funktionieren kann. Über Steuern



«Der eigentliche Zweck von Steuern tritt immer mehr in den Hintergrund.»

und Abgaben tragen Bürger dazu bei, die notwendigen Ausgaben eines Staats für das Gemeinwohl zu finanzieren. Aus dieser Perspektive sind Steuern als Zeichen der Solidarität zu verstehen. Das Steuersubstrat entsteht in der Privatwirtschaft, durch Unternehmer und Arbeitskräfte. Ohne funktionierende Privatwirtschaft keine Steuern. Hier beginnt das Problem. Steuern dürfen nicht zum Selbstzweck verkommen. Ein Staat soll sich diesbezüglich darauf beschränken, mit den Steuereinnahmen jene Aufgaben zu erfüllen, die für das Gemeinwohl notwendig sind wie Investitionen in Sicherheit, Infrastruktur oder Rechtsstaatlichkeit.

Seit Jahrzehnten aber tritt dieser eigentliche Zweck von Steuereinnahmen immer mehr in den Hintergrund. Stattdessen entwickelt sich ein System, das sich selbst erhält, ein überdimensionierter Verwaltungsapparat, der einen guten Teil der Steuergelder für sich beansprucht. Gleichzeitig wird unter dem Etikett der «Gerechtigkeit» der Zugriff auf Privatvermögen immer weiter verschärft. Der automatische Informationsaustausch im Rahmen der OECD etwa soll Steuerflucht verhindern, tatsächlich aber untergräbt er die Privatsphäre des Einzelnen und zieht einen überdimensionierten Aufwand nach sich.

Privatvermögen wird als Quelle für politisch motivierte Umverteilung gesehen statt als produktives Kapital, das für Innovation, Unternehmertum und Arbeitsplätze benötigt wird. Je mehr ein Staat reguliert und umverteilt, desto mehr verhindert er Wachstum und gesellschaftliche Prosperität. Die Folgen sind sinkende Wettbewerbsfähigkeit, stagnierende Innovation, Verlust an Unternehmertum, sinkende Sparquoten und wachsende soziale Spannungen.

In vielen europäischen Ländern wird ernsthaft über eine Wiedereinführung beziehungsweise Erhöhung von Vermögens- und Erbschaftssteuern diskutiert. In der Schweiz steht Ende November die Abstimmung zur Juso-Initiative an, die die Einführung einer 50%-Erbschafts- und Schenkungssteuer ab einem Freibetrag von 50 Mio. Fr. fordert. Regulierungsschübe, Steuerharmonisierung und Initiativen zur Erlangung einer vermeintlich

chen Steuergerechtigkeit mögen auf dem Papier attraktiv erscheinen, in der Realität haben sie gravierende Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft.

Komplexe Steuergesetze erhöhen Bürokratie und können Unternehmen davon abhalten, in Forschung und Entwicklung zu investieren. Steuerkonformität ist oft mit kostspieligen Beratungsleistungen und Softwarelösungen verbunden. Eine dynamische Entwicklung in der Steuergesetzgebung erschwert die langfristige unternehmerische Planung und behindert insbesondere Start-ups und kleinere Unternehmen. Langfristig braucht es auf dem Weg zu wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Erfolg eine einfache, verständliche und überschaubare Steuergesetzgebung.

Was uns die Geschichte lehrt

Schaut man zurück in die Geschichte und auf Ereignisse wie jene der US-Unabhängigkeitsbewegung, so erkennt man, wie wichtig eine gesunde Balance zwischen staatlicher Macht und politischer Bürgerbeteiligung ist. Steuern sollen das Gemeinwohl sichern, nicht aber den Geist der unternehmerischen Freiheit ersticken.

Ein einfaches, wirtschaftsfreundliches Steuersystem ist eine Voraussetzung für Innovation, Unternehmertum und eine stabile Gesellschaft. Alles andere führt langfristig zu politischer Ineffizienz, wirtschaftlichem Stillstand und gesellschaftlicher Inakzeptanz. Die Schweiz und Liechtenstein sind Beispiele, die beweisen, dass eine solche Balance möglich ist. Über kluge, ausgewogene Governance-Systeme kann in diesen Ländern Bürgerbeteiligung effektiv gelebt werden, staatliche Macht wird in Schranken gehalten.

Der einzelne Bürger kann nur dann frei entscheiden, wenn er vor staatlichem Zwang geschützt ist, sich aktiv in den politischen Diskurs einbringen und sicherstellen kann, dass politische Entscheidungen die Bedürfnisse der Bürger spiegeln und dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Wenn Steuergesetze so gestaltet sind, dass ein jeder Bürger sie verstehen und anwenden kann, dann können Bürger selbstbestimmt handeln – eine wesentliche Voraussetzung für echte Freiheit.

Prinz Michael von und zu Liechtenstein ist Executive Chairman von Industrie- und Finanzkontor Etablissement, Gründer und Vorsitzender der Geopolitical Intelligence Services und Präsident des Think-Tanks European Center of Austrian Economics Foundation.

Raus aus der Ein-Banken-Falle

Wenn über einen Wegzug von UBS diskutiert wird, geht es meist um Jobs, Steuern und den Reputationsschaden für den Finanzplatz.

Diese Sorgen sind greifbar, aber sie verdecken ein viel grösseres Risiko, das tief im Maschinenraum des Finanzplatzes schlummert. Die Schweiz hat sich in eine gefährliche Abhängigkeit manövriert.

Das eigentliche Problem ist, dass UBS für Hunderte von anderen Banken im Inland überlebenswichtige Dienstleistungen erbringt.

Die überwiegende Mehrheit der Kantonal-, Regional- und Privatbanken nutzt die Systeme von UBS für ihre täglichen Abwicklungen, zum Beispiel für den Zugang zum US-Dollar.



LEA FÄH
Redaktorin
zum Thema
UBS

Die notgedrungene CS-Übernahme hat ein neues Risiko geschaffen. Wo früher zwei Konkurrenten für Redundanz sorgten, steht heute ein Monolith. Fällt dieses System aus – durch eine technische Panne oder einen Cyberangriff – steht ein Grossteil des Finanzplatzes still.

Es ist daher höchste Zeit für eine «Agenda 2030». Die Finanzplatzakteure müssen veritable Alternativen zur Infrastruktursparte von UBS schaffen – als essenziellen Schutz für das Schweizer Finanzbetriebssystem. Dies könnte so weit gehen, dass der Regulator die Inlandsbanken dazu anhält, für diese essenziellen Dienste eine aktive Diversifizierung ihrer Anbieter nachzuweisen.

Um das Fundament im Heimmarkt zu stärken, sollte schliesslich auch der gezielte Ausbau einer nationalen Infrastruktur-Plattform – etwa durch SNB und SIX – als verlässliche Alternative für die Inlandsbanken geprüft werden.

Der Milliardärsbesuch bei Trump ist schlicht Ausdruck der Realität

ZOLLEAL MIT WASHINGTON Wer die Nase über die Wirtschaftsdiplomatie im Weissen Haus rümpft, sollte sich zunächst einmal damit beschäftigen, weshalb es überhaupt dazu kommen konnte. MARC FORSTER



«Es braucht besseres Personal als das, was Bern, Paris, London oder Berlin im Moment vorzuweisen haben.»

Als Hersteller von Luxusgütern kennen sich Richemonts Chairman Johann Rupert, Rolex-CEO Jean-Frédéric Dufour und Partners-Group-Mitgründer Alfred Gantner mit Edelmetallen aus. Doch auch für deren Geschmack dürfte der US-Präsident sein Arbeitszimmer mit zu viel Gold dekoriert haben.

Nein, zum Schönen, Wahren und Guten gehört nicht, wenn Milliardäre dem US-Präsidenten teure Geschenke bringen und ein Land daraufhin grosse Zusagen machen muss, um eine bessere Zölle zu erhalten. Das Bild schwererer Schweregewichte der Schweizer Wirtschaft bei Trump ist eines für die Geschichte. Dass es mit einer sehr speziellen Botschaft konnotiert ist, weiss wohl auch die Mehrheit der Beteiligten.

Wer über dieses Bild die Nase rümpft oder seine kontrollierte Empörung darüber spazieren führt, wünscht sich etwas Bestimmtes. Eine Welt, in der Politiker mit edlen Motiven und begabte Diplomaten die Weltläufe lenken. Nicht finanzielle Interessen sollen das Motiv sein. Man möchte aufschauen zu einer Riege von Vorbildern.

Wenn es diese denn so noch gäbe. Man kann in Bern anfangen, um festzustellen, dass dieses Idealbild nicht exis-

tiert. Es mag sein, dass Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter alles in die Luft fliegen liess, als sie Ende Juli mit Trump wegen eines Zollabkommens telefonierte und brusk zurückgewiesen wurde. Aber es war nicht eine Politikerin, die Fehler machte, sondern ein ganzer Apparat.

Unterschätzung, Falscheschätzung oder Überschätzung – angewandt je nach Fall auf Trump, die Motive der USA oder die eigene Position ist das ein Problem einer politisch-administrativen Klasse, die in ihrer eigenen Welt lebt. Sie bekennt sich zum Multilateralismus, konzentriert sich dabei aber auf die dafür vorgesehenen Foren, die sie kennt. Bei Trump kommt man nicht mehr weiter.

Dass es dazu kam, liegt – auch – an den Irrtümern der klassischen, typischerweise Mitte-links ausgerichteten Funktionselite, welche den Westen seit Jahrzehnten bestimmt. Es sind nicht nur die US-Demokraten, die es 2024 zunächst für eine gute Idee hielten, den gesundheitlich angeschlagenen Joe Biden nochmals in den Präsidentschaftswahlkampf zu schicken.

Spontan fällt einem ein Emmanuel

dentreten verbinden, zu warnen, ebenfalls. Präsident ist er trotzdem. Die Unternehmenschefs, von ihren Kritikern als «Vassallen» verurteilt, richteten sich lediglich nach der Realität.

Pragmatisch könnten sie besser einschätzen, mit wem sie es zu tun hatten, als viele Politiker und Diplomaten. Richemont-Chef Rupert betonte letzte Woche ausdrücklich, bei Trump nicht im Namen der Schweiz «verhandelt» zu haben. Doch wer in seinem Leben ein 20-Mrd.-Imperium wie Richemont aufgebaut hat, wird ein gewisses Gespür für das Wesen und die Motive von Gesprächspartnern haben. Besonders wenn – oder gerade weil – das Gegenüber Donald Trump ist.

Es ist richtig, für eine Welt einzustehen, in der sich Partner auf Augenhöhe begegnen. Die Weltwirtschaft braucht diesen fairen Umgang. Aber dafür braucht es besseres Personal als das, was Bern, Paris, London oder Berlin derzeit vorzuweisen haben. Sonst wird auf weniger üblichen Wegen gesprochen: Mit Milliardären als Türöffner, die unter anderem goldene Präsente mit sich tragen.

Geprägt: Antipopulistisch, progressiv, die politischen Gräben überwindend. Er hat diesen Nimbus nach acht Jahren mit seinen eigenen Fehlern diskreditiert.

Sich Trump möglichst schnell wegzuwünschen, mag ein hehres Motiv sein. Vor Risiken, die sich mit diesem Präsi-

Marc Forster ist FuW-Redaktor mit Fokus u.a. auf die Luxusgüterindustrie.

ist zwingend geboten. EDUARD KIENER

zuweisen versucht, wie die voll erneuerbare Versorgung doch noch funktionieren könnte.

Es ist auch die künftige Nutzung der Speicherwerkzeuge zu thematisieren. Sie sind das Rückgrat unserer Stromversorgung und werden in einer von fluktuierender Erzeugung geprägten Versorgung immer wichtiger. Damit ist auch die Frage nach den Prioritäten der Wasserkraft zu beantworten: Versorgungssicherheit oder Stromhandel?

Die repräsentativen Energieumfragen zeigen eine zunehmende Zustimmung der Bevölkerung zu neuen AKW. Sie hat längst erkannt, dass die Versorgung allein durch erneuerbare Erzeugung nicht sichergestellt werden kann und dass nur eine Kombination von erneuerbarem und nuklearem Strom zielführend ist.

Die Blackout-Initiative bildet für die Politik hoffentlich den Anlass zur Korrektur des schwerwiegendsten Fehlentscheids der Energiepolitik, aus der Atomenergie auszusteigen. Der Bundesrat hat mit dem indirekten Gegenvorschlag den Weg dazu aufgezeigt.

Eduard Kiener war von 1977 bis 2001 Direktor des Bundesamts für Energie.